

Embargo bis Samstag, 20. Januar 1962,  
17 Uhr

---

Die Verantwortung als Kernproblem des wirtschaftlichen  
und politischen Lebens in der Demokratie

---

Vortrag, gehalten am Parteitag der bernischen Bauern-  
Gewerbe- und Bürgerpartei vom 20. Januar 1962 von  
Bundesrat F.T. Wahlen

### I. Vom Wesen der Verantwortung

Jede Gemeinschaft von Menschen ruht auf einem Netzwerk vielseitig bedingter Verantwortungen, die vom Einzelnen und von den Ordnungs- und Organisationselementen aller Stufen getragen werden müssen, wenn sie Bestand haben soll. Jeder Mensch hat sich selbst gegenüber eine Verantwortung zu tragen, in die er langsam und in dem Masse hineinwächst, als die Verantwortung für seine physische und geistige Entwicklung nicht mehr von den Eltern und von der nächsten Umgebung getragen werden kann. Er hat, wie der Knecht im biblischen Gleichnis, Gaben und Talente mit auf den Weg bekommen, für deren Entwicklung und Fruktifizierung er sich selbst gegenüber verantwortlich ist, mögen sie noch so bescheiden sein. Schon hier setzt aber auch seine Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft ein, die von ihm, gemäss der Grösse der anvertrauten Pfunde, einen Beitrag an ihre Entwicklung und Wohlfahrt erwarten darf. In dem Masse, wie er diese primären Pflichten erfüllt, und wie seine Dienste von der Allgemeinheit in Anspruch genommen werden, wachsen seine Verantwortungen. In der Demokratie hat keiner das Recht, sich ~~ihrer~~ zu entziehen. Auch die bescheidenste Stellung

Ammer

im Wirtschafts- und Sozialgefüge der Gesellschaft ist in diesem Sinne verantwortungsvoll, denn die Gesellschaft lebt von der Summe der aus den kleinsten und naheliegendsten Pflichten erwachsenden und getragenen Verantwortungen. Ganz am Anfang der biblischen Menschheitsgeschichte steht die schicksalschwere Frage: "Soll ich meines Bruders Hüter sein?". Wer sie im praktischen Leben durch sein Tun bejaht, nimmt die direkteste aller Verantwortungen auf sich, die uns das Leben stellt, mag dessen äusserer Rahmen noch so eng oder noch so weit gezogen sein.

Diese Ueberlegungen zeigen, dass zu einer Verantwortung immer zwei Personen oder Instanzen gehören: eine die verantwortlich ist, und eine, der gegenüber sie sich zu verantworten hat. Was aber immer die zwei Pole sind, auf die sich die Verantwortung unmittelbar bezieht, und was immer ihre Grösse und Bedeutung sei, - sicher ist es um jene Gesellschaft am besten bestellt, in der die grösste Zahl aller Bürger, und mit hin aller Verantwortlicher, in Gott einen letzten Pol der Verantwortung anerkennt, und sich in ihren Entscheidungen durch das Magnetfeld des Gewissens auf ihn als letzte Autorität ausrichtet.

## II. Von der Verantwortung für das Ganze

Unser Thema handelt von der Verantwortung des Staatsbürgers in der Demokratie, also von der Verantwortung gegenüber dem Ganzen. Um ihm gerecht zu werden, müssen wir uns zuerst darüber klar sein, was das

- 3 -

grösste Anliegen unseres Staatswesens ist. Darüber kann nun nach dem Ursprung und der Geschichte unseres Staatswesens, und besonders in unserer Zeit des drohenden Totalitarismus, gar kein Zweifel bestehen. Das oberste Anliegen unserer Eidgenossenschaft besteht darin, eine freie Gemeinschaft freier Menschen zu sein und zu bleiben. Man sollte meinen, es sei gar nicht nötig, dieses Ziel immer wieder neu zu formulieren. Eine der Gefährdungen jeder neuen Generation besteht aber darin, dass für sie alte Wahrheiten ihre Anziehungskraft und alte Werte ihren Glanz verlieren. So sind auch heute manche versucht, der Freiheit nur mehr deklamatorischen Zungendienst zu leisten und die Hände in den Schoss zu legen, die alte Wahrheit vergessend, dass auch das Ererbte immer wieder neu erkämpft sein will. Andere suchen Neues lediglich um der Neuheit und nicht des Wertes willen, und Dritte - ihrer sind heute sehr viele - sind zu leicht geneigt, die Freiheit dem materiellen Wohlergehen zu opfern.

Das Ideal der freien Gemeinschaft freier Menschen ist in der Menschheitsgeschichte immer wieder gesucht, gelegentlich realisiert worden, und immer wieder verloren gegangen. Die Gründer unseres Staates verwirklichten es in schönster Weise in der Form der genossenschaftlichen Demokratie. Mehr noch: sie fügten ein neues Element hinzu, nämlich die foederative Gliederung des Staates von unten nach oben. Die freie Gemeinschaft freier Menschen ist nicht eine Ordnung, die sich ein für allemal etablieren lässt, und die sich aus reinem Beharrungsvermögen über die Jahrhunderte erhält. Auch da, wo sie von aussen her nicht bedroht wird, muss ständig mit wacher Aufmerksamkeit um ihren Bestand gekämpft wer-

- 4 -

den. Ihre Erhaltung bedeutet auch nicht notwendigerweise ein reines Konservieren der übernommenen Normen und Institutionen. Im Gegenteil, diese müssen den wechselnden Bedürfnissen unter Erhaltung des freiheits-sichernden Grunddispositivs angepasst werden. So hat uns das zwanzigste Jahrhundert die nicht leichte Aufgabe gestellt, auf den Unterbau des genossenschaftlich-demokratischen Rechtsstaates eine wirtschaftlich-soziale Oberstruktur zu errichten. Wir sind, um mit Professor Imboden zu sprechen, im Begriffe, unseren Staat in eine pluralistische Funktionsgemeinschaft zu verwandeln. Dieser Uebergang, wird er nicht sehr behutsam und unter sorgfältiger Wahrung der Grundrechte vorgenommen, schliesst grosse Gefahren in sich. Die Verantwortungen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, sind nicht auf das Heute beschränkt; sie beschlagen vielmehr auch das Morgen, denn jeder wichtigen Entscheidung kommt zukunftsformende Wirkung zu.

Freiheit für die Gemeinschaft und für den Einzelnen ist undenkbar ohne Ordnung, und die Ordnung setzt Verantwortung voraus. So muss die Freiheit von Verantwortung getragen werden, und in der wahren Demokratie - der Herrschaft des Volkes über das Volk -, bedeutet das die Verantwortung aller. Deshalb sind "freie Gesellschaft" und "verantwortliche Gesellschaft" zwei Ausdrücke für ein und dasselbe, und das gewissenhafte und umsichtige Ausüben der Verantwortungen auf allen Stufen ist der einzig wirksame Garant für die Erhaltung der Freiheit.

Der demokratische Staat ist weder ein Debattierklub noch ein Wohltätigkeitsverein. Er besitzt das Attribut der Macht gegen aussen und im Innern, und

- 5 -

als Träger der Autorität eignet ihm das Monopol der Gewaltanwendung zu seiner Erhaltung und zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Er ist aber gleichzeitig auch Hüter und Verwalter des Rechtes. Um die Spannung zu überbrücken, die naturgemäss zwischen Macht und Recht besteht, bedient sich die Demokratie der Institution der Gewaltentrennung. Legislative (Parlament), Exekutive (Regierung) und Judikatur (Rechtsprechung) werden von verschiedenen Organen ausgeübt, deren Funktionen und Befugnisse durch die Verfassung streng abgegrenzt sind. Damit wird eine im Interesse des einzelnen Bürgers wie des Ganzen liegende Beschränkung der Macht erreicht, welche die Grundrechte des Bürgers, seine persönliche Freiheit und die des Ganzen sichern soll. Im foederalistischen Staatswesen wird eine weitere, sehr heilsame Machtbeschränkung durch die vertikale Aufgliederung der Befugnisse erreicht. In der Eidgenossenschaft sind ihre Träger die Gemeinden, die Kantone und der Bund.

Durch die Aufgliederung der Befugnisse werden die Verantwortlichkeiten wohl auf die verschiedenen Glieder und Organe des Staates verteilt; das ändert aber nichts an der Tatsache, dass letzten Endes das Volk als Ganzes für das Ganze verantwortlich ist. Es bestellt, durch direkte Wahl oder durch Repräsentation, seine Behörden. Es kontrolliert, durch Wiederwahlen oder durch das Referendum, ihre Amtsführung. Durch das Mittel der Initiative kann es selbst schöpferischen Anteil an der Staatsordnung nehmen. Es bedient sich im übrigen der Parteien und der Presse, und zunehmend auch der Wirtschafts- und Berufsverbände, um seinen Willen zum Ausdruck zu bringen.

- 6 -

Was eben in kurzen Zügen über das demokratische Staatswesen gesagt wurde, entspricht dem idealen Leitbild, das uns vorschwebt. Die Wirklichkeit weicht, wie alles Menschliche, vom idealen Leitbild ab. Die Misstände zu erkennen, die sich hier und dort immer wieder einnisten, die Gefahren zu sehen, die der freien Gemeinschaft freier Menschen von mancher Seite her drohen, sind die ersten Erfordernisse zu ihrer Abwehr. Von einigen unter ihnen soll nun die Rede sein.

### III. Jede Gefährdung der Freiheit

ist ein Appell an unsere Verantwortung

#### 1. Der Totalitarismus

Im Zweiten Weltkrieg wurden unter ungeheuren Opfern zwei Formen des Totalitarismus besiegt, nur um eine dritte Form, den Marxismus-Kommunismus, als Feind der Freiheit gestärkt aus dem Ringen hervorgehen zu lassen. Da er uns in allen seinen Aeusserungen als das genau Umgekehrte dessen entgegentritt, was wir eben unter dem Begriff der freien Gemeinschaft freier Menschen kennengelernt haben, wollen wir uns zuerst mit dieser Gefahr befassen.

Der Kommunismus ist eine zweigesichtige Ideologie. Er ist bestrebt, das hässliche Gesicht, das er uns darbietet - Klassenkampf, Unterdrückung jeglicher Freiheit, Erniedrigung des Individuums zu einem willenlosen Werkzeug der Herrschenden - dadurch

- 7 -

weniger abstossend zu machen, dass er als sein letztes Ziel eine klassenlose Gesellschaft vorgaukelt, in der jedem alles zugewiesen wird, dessen er bedarf, und in welcher der Staat als nicht mehr notwendiges Ordnungsinstrument abstirbt. Eine Utopie reinsten Wassers also, die aber doch dem Ueberzeugten die Kraft gibt, gegenwärtige Einschränkungen und Widerwärtigkeiten um der verheissenen schönen Zukunft willen zu tragen. Nun ist aber die Frage nach dem Zeitpunkt, zu welchem dieser ideale Endzustand eintreten werde, für die herrschende Gruppe eine sehr störende und unbequeme. Sie behilft sich deshalb damit, schon den Jetztzustand mit allerhand Mitteln zu verbrämen und in ein günstigeres Licht zu rücken. Dabei bedient sie sich bezeichnenderweise der Begriffe und des Vokabulars der Demokratie, allerdings nicht ohne sie in ihr reines Gegenteil zu verkehren. So genügt es den Kommunisten nicht, von Demokratie, also von Volksherrschaft zu sprechen. Ihre Staaten nennen sich Volks-Demokratien, also Volks-Volksherrschaften. Dabei wird mit der Unterschiebung operiert, das Volk hätte seine Rechte und Befugnisse freiwillig und wissentlich durch die Partei an den Staat abgetreten, so dass unter der Fiktion regiert wird, die Instanzen der Partei und des Staates seien die Vollstreckungsorgane des Volkswillens. Um diesem Anspruch einen Anschein von Legitimität zu verleihen, wird eine scheidemokratische Verfassungs-Fassade aufgerichtet, und der Staat bedient sich scheidemokratischer Methoden. Es werden Wahlen abgehalten, die dem Bürger keine Wahl unter Kandidaten oder Programmen lassen, an denen er aber trotzdem teilnehmen muss. Je

- 8 -

nach Bedarf werden sogar "Volksbewegungen" und "Volksbegehren" organisiert, um wiederum Beschlüssen, die in der engsten Parteihierarchie bereits gefasst wurden, einen Anschein demokratischer Legalität zu verleihen.

Das für unsere heutige Betrachtung Wesentliche an der totalitären Staatsform ist die Tatsache, dass sie mit der Freiheit auch die Verantwortung dem Ganzen gegenüber ausschliesst. Eine Verantwortung besteht dort nur gegenüber der Parteilinie. Jede Abweichung von ihr gilt als Vergehen, ja als Verbrechen und wird als solches geahndet. Die Freiheit, die Würde, ja die Existenz des Einzelnen zählen für den dogmentreuen Kommunisten nicht, und ebensowenig besitzt er einen festen Pol in Form einer letzten, immanenten Autorität, auf den hin er seine Verantwortung ausrichten könnte.

Wie sollen wir uns nun dem Kommunismus gegenüber verhalten? Das ist eine Frage, die erfreulicherweise das Schweizervolk gerade heute ausserordentlich intensiv beschäftigt. Angesichts der Tatsache, dass ein Drittel der Menschheit unter kommunistischem Regime lebt, dass seine Führer den Anspruch auf eine kommende kommunistische Weltherrschaft unverhüllt weiter aufrechterhalten, und dass heute dem Totalitarismus in jeder Form die Mittel zur Verfügung stehen, die ganze Welt unter Terror zu setzen, wäre Gleichgültigkeit gleichbedeutend mit der Abdankung der freien Gemeinschaft.

Wer einem Gegner erfolgreich entgegenzutreten will, muss ihn kennen. Er muss aber auch des eigenen Arsenal an geistigen Waffen sicher sein, um die Auseinandersetzung mit Aussicht auf Erfolg führen zu können. An beiden Voraussetzungen fehlt es vielfach



- 9 -

bei uns. Ich spreche hier nicht von den überzeugten Kommunisten in unseren eigenen Reihen. Unsere Gesellschaft ist gesund genug, um ihren Einfluss im kleinsten Rahmen zu halten. Es gibt aber eine nicht unbeträchtliche Schicht von Menschen, und nicht zuletzt in der sogenannten Intelligenz, die mit dem Kommunismus flirtet, weil sie sich nicht die Mühe nehmen, seine Grundlagen, Methoden und Ziele zu studieren, und weil sie sich in der Haltung einer seichten Toleranz gefallen. Auf der andern Seite stehen die aktiven Kämpfer gegen den Kommunismus, unter ihnen erfreulich viel Junge. Sie haben die Bedrohung durch den Kommunismus richtig erkannt und bekämpfen sie mit aller Konsequenz, laufen aber Gefahr, zu Methoden zu greifen, die im Widerspruch zu den Konzeptionen unserer freien Gesellschaft stehen. Unsere Aufgabe besteht in erster Linie darin, die freie Gemeinschaft funktionsfähig und stark zu erhalten, um damit dem Totalitarismus jeden Nährboden zu entziehen. Jede Kampfmethodik, die sich an jene des Totalitarismus anlehnt, die sich beispielsweise der Einschüchterung oder der Denunziation bedient, ist unseres Staates unwürdig. In allererster Linie deshalb, weil sie einen mangelnden Glauben an die Kraft unserer Überzeugungen und Institutionen verrät. Sind wir aber dieser Kraft zu tiefinnerst sicher, sind wir von der Überlegenheit unserer Weltanschauung über den Totalitarismus überzeugt, so drängt sich von selbst der Weg der geistigen Auseinandersetzung auf. Diese mag unter Umständen scharfe Formen annehmen müssen, aber sie wird sich nicht nur mit der kommunistischen Lehre und Praxis zu befassen haben, sondern vor allem auch mit allen Schäden und

- 10 -

Misständen am eigenen Volkskörper, die ihm Vorschub leisten können. Um nur zwei zu nennen, die unsere volle Aufmerksamkeit erheischen, und von denen noch ausführlicher zu sprechen sein wird: die politische Gleichgültigkeit allzu vieler Staatsbürger, und der sich im Gefolge der Hochkonjunktur immer stärker ausbreitende Materialismus, der eine der Hauptstützen des marxistischen Lehrgebäudes ist und uneingestandenerweise zum Bestandteil unserer Welt- und Gesellschaftsauffassung wird.

Wir haben hier von der Verantwortung des Einzelnen gegenüber dem Totalitarismus gesprochen. An dieser Stelle drängt es sich auf, ein Wort von der Haltung des Staates gegenüber den totalitär regierten Staaten zu sagen, um eine Differenzierung herauszuarbeiten, die heute im Eifer des Gefechtes von vielen übersehen wird. Selbstverständlich ist ein Staat, dessen Grundgesetz ihn auf die Freiheit verpflichtet, ein Gegner jeder totalitären Ideologie. Da unser Land aber auch dem Frieden verpflichtet ist, muss es versuchen, ungeachtet der Weltanschauungen zu allen Staaten normale Beziehungen zu unterhalten. Jedes Abweichen vom Grundsatz der Universalität der völkerrechtlichen Beziehungen wirft schwierige Fragen auf, die unsere selbstgewählte Stellung in der Völkergemeinschaft gefährden könnten.

Ueber die Art und das Ausmass jener Beziehungen zu totalitären Staaten, die über die völkerrechtlichen hinausgehen, ist von Fall zu Fall zu entscheiden, und zwar nicht in erster Linie vom Staat, sondern von den Trägern der Kultur, der Wissenschaft, der Wirtschaft, des Sportes u.s.w. Dabei darf nicht

- 11 -

vergessen werden, dass eine allzu restriktive Haltung einem Mangel an Glauben an die Kraft der Botschaft gleichkommt, die wir zu vertreten haben. Alle Kenner der Verhältnisse stimmen darin überein, dass hinter dem Eisernen Vorhang viele Menschen nach Informationen aus dem Westen hungern. Wir müssen es uns schon deshalb angelegen sein lassen, den Strom dieser Informationen nach Möglichkeit zu verstärken, weil wir zuallerletzt die Hoffnung aufgeben dürfen, dass eines Tages doch die Lösung des Ost-West-Konfliktes auf friedlichem Wege möglich sein werde. Die jedem Menschen angeborene Sehnsucht nach Freiheit und Menschenwürde kommt auch hinter dem Eisernen Vorhang immer wieder zum Durchbruch. In unserem Verhältnis zum Osten dürfen wir deshalb nicht nur an Staaten und Systeme, sondern wir müssen auch an die Menschen denken.

Das hier nur gestreifte Problem ist ein Schulbeispiel dafür, wie verantwortungsvoll es ist, die Freiheit richtig zu gebrauchen und zu verteidigen. Die Diskussion darüber ist, wie es die Demokratie will, in vollem Gang. Staatsräson, politische Ueberlegung, ethische Ueberzeugung - sie alle haben darin ein Wort zu sprechen. Am Bürger ist es, sich seiner Verantwortung gewachsen zu zeigen.

## 2. Wirtschaftspolitik und staatsbürgerliche Freiheit

In seiner Arbeit "Das wirtschaftliche Unternehmen" sagt Max Huber: "Zu allen Zeiten hat der allergrösste Teil der Menschheit wirtschaften müssen, und aus dem Ertrag, den die Wirtschaft über ihre Selbsterhaltung hinaus hervorbringt, lebt die Politik und die Kultur. Je nach den Zusammenhängen und Perspektiven, in denen die Wirtschaft geschaut wird, erscheint ihr Wesen und auch ihre Würde durchaus verschieden. Wirtschaft, Politik und Kultur sind nicht getrennte Sphären, sondern Erscheinungsformen einer unauflösbaren Einheit, des menschlichen Gemeinschaftslebens".

Wenn die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Politik und Kultur so enge sind, wie sie Max Huber sieht, was kann dann mit der Verwirtschaftlichung der Politik gemeint sein, über die heute so oft geklagt wird? Um diese Frage richtig beantworten zu können, müssen wir zwei Aspekte in den heutigen Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik auseinanderhalten, von denen der eine positiv, der andere negativ ist.

Wer sich die Mühe nimmt, die sozialen und wirtschaftlichen Zustände zu Beginn der industriellen Revolution zu studieren, wird zur Einsicht kommen, dass der seither erfolgte Einbezug des Wirtschaftlichen und Sozialen in das Blickfeld der Politik einen gewaltigen Fortschritt darstellt. Unsere Gesellschaft hat gelernt, Verantwortlichkeiten sehr realer Art zu erkennen, die früher, soweit sie überhaupt gefühlt wurden, der Wohltätigkeit überlassen blieben. Rückblickend will es uns scheinen, als sei das soziale Gewissen der Gesellschaft als Ganzes erst in dieser Zeitspanne erwacht. Wir haben

- 13 -

einen Stand des sozialen Ausgleichs erreicht, der sich sowohl im Vergleich mit andern Epochen der Geschichte wie im Vergleich mit andern Ländern - vor allem auch den kommunistischen - sehen lassen darf. Ein neuester, entscheidender Schritt in der gleichen Richtung ist die Tatsache, dass wir nun auch wirtschaftliche und soziale Verantwortungen für benachteiligte Völker fühlen, deren Schicksal wir früher vielleicht mit einigem Interesse, aber nicht mit wahrer Anteilnahme registrierten. In der gleichen Periode haben uns Wissenschaft und Technik die Mittel gegeben, den Ertrag der menschlichen Arbeit zu vervielfachen, und dabei ist die von Karl Marx vorausgesagte fortschreitende Konzentration der Produktionsmittel in wenige Hände nicht nur ausgeblieben, sondern es ist das Gegenteil eingetreten.

Diese notwendigerweise vereinfachende Schilderung der Entwicklung in den letzten 150 Jahren klingt so positiv, dass mancher unwillkürlich fragen mag, wo denn das Negative beginne. Es ist, ganz einfach ausgedrückt, darin zu erblicken, dass keine Sättigung der materiellen Bedürfnisse abzusehen ist, und dass diese Bedürfnisse alle andern zu überwuchern drohen. Die Jagd nach materiellem Mehr nimmt viele Menschen so sehr in Anspruch, dass sie für die höheren Bedürfnisse ihrer selbst und der Gemeinschaft, und mithin auch für die Erhaltung der Freiheit, die wir als ihr höchstes Anliegen erkannt haben, immer weniger Zeit finden. Besonders erschreckend muss für den Denkenden die Erkenntnis sein, dass dem wirtschaftlichen Wachstum und dem technischen Fortschritt auch in der freien Welt, ganz der kommunistischen Lehre entsprechend, immer mehr das Primat eingeräumt wird. Es wird heute viel vom Kalten Krieg

- 14 -

gespröchen. Der Kommunismus würde den Kalten Krieg am leichtesten und sichersten gewinnen, wenn wir nicht zu verhindern wüssten, dass die freie Welt zunehmend auf seine eigene ideologische Basis, den Materialismus, hingedrängt wird.

Aus diesen Gedankengängen heraus wird die grosse Verantwortung sichtbar, die auf der freien Wirtschaft und ihren Organisationen ruht. Die staatliche Wirtschaftspolitik basiert mit Ausnahme der eng umrissenen Befugnisse der Wirtschaftsartikel auf der Handels- und Gewerbefreiheit, so dass auch in Zeiten wie der seit Kriegsende andauernden Hochkonjunktur, die wohl als ausserordentlich angesprochen werden müssen, die aber doch nicht die Anrufung vom Vollmachtenrecht zu rechtfertigen vermögen, der staatlichen Intervention enge Grenzen gezogen sind. Um so mehr muss sich die Wirtschaft ihrer Verantwortung gewachsen zeigen. Sie darf sich nicht auf die selbstregulierenden Kräfte der Marktwirtschaft verlassen. Wenn, wie das seit Jahren der Fall ist, alle wirtschaftlichen Kräfte in der Richtung der Expansion wirken, so muss die Bremswirkung von der überlegenden Verantwortung der Wirtschaftspartner ausgelöst werden. Im Jahre 1948, also zu Beginn der Hochkonjunktur, kam durch verständnisvolle Zusammenarbeit der wirtschaftlichen Spitzenverbände ein Stabilisierungsabkommen zustande. 1957/58 war es bereits so weit, dass sich bei einem erneuten Versuch die verschiedenen Wirtschaftsgruppen nicht mehr auf eine im Interesse des Ganzen so dringend nötige Einkommensbeschränkung zu einigen vermochten. Den vielen behördlichen Mahnungen war in der Zwischenzeit kein Erfolg beschieden. Nun beginnen aber die Realitäten zu sprechen. Die Fremdarbeiterzahl

- 15 -

hat einen Stand erreicht, der schon aus demographischen Gründen nicht mehr überschritten werden darf, abgesehen davon, dass wir bei einer Rezession oder gar einer Krise mit einem weit überdimensionierten Produktionsapparat belastet wären. Die Preis-Lohnspirale ist deutlich genug in Gang gekommen, um jedem zu zeigen, dass weitere Drehungen keinem nützen, aber dem Ganzen schaden. Die Diskrepanz <sup>mit</sup> der Einkommensbildung zwischen den begünstigten und benachteiligten Wirtschaftszweigen ist so gross geworden, dass die wirtschafts- und staatspolitischen Folgen offen zu Tage treten. Es ist also höchste Zeit, dass sich die Träger der verschiedenen gelagerten Interessen, die Wirtschaftsverbände, auf das Ganze besinnen. Wir haben dabei nicht Neuland zu betreten, sondern können auf bereits Verwirklichtes zurückgreifen. Das Stabilisierungsabkommen von 1948 wurde bereits erwähnt. Noch weiter zurück liegt das Friedensabkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Uhren- und Metallindustrie, das andern Branchen als Modell gedient hat. Was heute nottut, ist eine Ausweitung des Blickfeldes der Wirtschaftsführer und der Spitzenverbände. Die Interessen, deren legitime Vertretung ihnen obliegt, sind nur bis zu einem gewissen Punkte identisch mit den Interessen des Ganzen. Den Punkt der Interessendivergenz zu erkennen, bereit zu sein, von diesem Punkte an Konzessionen zugunsten der schwächeren Sozialpartner und zugunsten der konjunkturbenachteiligten Wirtschaftskreise zu machen, das ist die verantwortungsvolle Aufgabe, die heute der organisierten Wirtschaft gestellt ist.

Eine ganz besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang aus wirtschaftlichen, soziologischen und staatspolitischen Gründen das Landwirtschafts-

- 16 -

problem. Mit einiger Verspätung, dafür aber um so heftiger, ist die Bauernschaft aller Industrieländer in den Strudel der technischen Revolution hineingezogen worden, und trotz einer leider vielfach verkannten, aber nichtsdestoweniger bewunderungswürdigen Anstrengung ist sie gegenüber den andern Wirtschaftszweigen wirtschaftlich in Rückstand gekommen. Es liegt in der Natur der an den jahreszeitlichen Rhythmus gebundenen Urproduktion und namentlich an der Tatsache, dass Strukturanpassungen viel tiefer in die Familienschicksale eingreifen als in andern viel beweglicheren Wirtschaftszweigen, dass das Finden eines neuen Gleichgewichtes längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Es zeugt von grosser Unkenntnis, wenn der Landwirtschaft und den Behörden der Vorwurf gemacht wird, sie seien unfähig, oder es fehle ihnen am guten Willen, um eine in kürzester Frist für die Behebung der Schwierigkeiten taugliche Landwirtschaftspolitik zu finden. Solche unberechtigten Vorwürfe führen dazu, dass man des Problems müde wird, sich nur unwillig oder überhaupt nicht mehr mit ihm befassen will, und damit der mit grossen Schwierigkeiten ringenden Landwirtschaft ein Gefühl des Verlassenseins gibt, das, sollte es lange andauern, schwere staatspolitische Folgen haben müsste. Glücklicherweise ist die Haltung, von der ich eben sprach, noch keine Allgemeinerscheinung. Im Gegenteil, es zeigt sich überall da, wo es zu ernstesten Gesprächen kommt, ein erfreuliches Verständnis und eine aner kennenswerte Bereitwilligkeit, dem heute so bedrängten Wirtschaftszweig in der Suche nach Lösungen zu helfen, die wie gesagt nach der ganzen Natur der Sache nur langfristig gefunden werden können. Der zweite Landwirtschaftsbericht des Bundesrates zeigt den Weg, der zu beschreiten ist.



- 17 -

Während des Weltkrieges hat die Landwirtschaft mit unvergesslichem Elan die Verantwortung auf sich genommen, alles zu tun, um zu verhindern, dass wir unsere Freiheit gegen Brot verkaufen mussten. Damals haben sich alle Volkskreise freudig um sie geschart, um ihr in dieser grossen Aufgabe zu helfen. Eine ähnliche Welle der Solidarität sollte heute dem Nährstand beweisen, dass er nach wie vor als unentbehrlicher Teil des Ganzen betrachtet wird.

Um das möglich zu machen, muss allerdings auch die Landwirtschaft und müssen ihre Organisationen den Blick über die unmittelbaren Schwierigkeiten erheben, nach neuen Wegen suchen, und sie im Gespräch mit andern Wirtschaftszweigen klären. Aus dem Gefühl des Verlassenseins, von dem ich sprach, droht sich ein Gefühl der Minderwertigkeit zu entwickeln. Dazu ist nun wirklich kein Grund vorhanden. Die Landwirtschaft ist einer der ganz wenigen Wirtschaftszweige, der im Stande war, während des Jahrzehnts 1950-1960 <sup>seine</sup> ~~ihre~~ sehr erheblichen Produktivitätssteigerungen fast restlos an den Konsumenten weiterzugeben. Wenn nun in letzter Zeit die Kostenverteuerung nicht mehr voll auf diesem Wege aufgefangen werden konnte, so darf ihr jedenfalls nicht der Vorwurf gemacht werden, die Preis- und Lohnspirale in Gang gesetzt zu haben. Schon um unserer Landjugend willen muss immer wieder auf diese grosse Leistung hingewiesen werden. Wichtig ist aber auch, dass der landwirtschaftliche Nachwuchs nicht in den Fehler verfällt, seine Lebensgestaltung hinsichtlich der Freizeit, der Ungebundenheit, der Vergnügungsmöglichkeiten und anderer Aeusserlichkeiten mit derjenigen der anderweitig beruflich tätigen Jugend zu vergleichen. Trotz der stark

- 18 -

<sup>gestiegenen</sup>  
~~erheblichen~~ beruflichen Anforderungen bleibt das Bauern-  
tum über das Handwerkliche hinaus eine Lebensform eigener  
Prägung und eigener Wertskalen. Es trägt, um mit unserem  
Thema zu sprechen, durch das Gebundensein an Natur und  
Familie eine eigene Verantwortung in sich, die aber auch  
eine eigene Belohnung und eine eigene Würde mit sich  
bringt.

Die Aufgaben, die der Landwirtschaft durch  
den Wandel der Zeiten gestellt werden, seien in keiner  
Weise verkleinert, und ich wäre der letzte, der die heu-  
tigen und kommenden Schwierigkeiten - man denke nur an  
die Folgen der europäischen Integration - unterschätzen  
wollte. Ich bin aber überzeugt, dass sie gelöst werden  
können, wenn das ganze Volk, die Landwirtschaft voran,  
mit Mut, Verständnis und Verantwortungsbewusstsein an die  
Arbeit geht. Dabei wollen wir eines nicht vergessen:  
Es war eine Gemeinschaft von Bauern, die uns mit der Be-  
gründung der Eidgenossenschaft die Freiheit sicherte.  
Der freie Bauer auf freier Scholle hat von jeher als  
Verkörperung der Freiheit gegolten. Es ist des Schweis-  
ses der Edelsten wert, nach Lösungen des Landwirtschafts-  
problems zu suchen, die den Bauernstand trotz seiner  
gegenwärtigen Schutzbedürftigkeit möglichst wenig in  
die Abhängigkeit des Staates bringen. In einer Zeit,  
da der Anteil der Bauern und der Selbständigerwerbenden  
an der Gesamtbevölkerung überhaupt so rasch zurückgeht,  
ist es für das gesunde Gleichgewicht des Volksganzen von  
überragender Wichtigkeit, die besondern Eigenschaften  
zu erhalten, die den freien Bauern von jeher zu einem  
so wertvollen Glied des Volkes stempelten.

- 19 -

Mit diesem Hinweis berühren wir einen Punkt, der uns am Anfang unserer Ausführungen über wirtschaftliche Fragen beschäftigte. Wir haben dort auf das Erwachen des sozialen Gewissens hingewiesen, und damit auch auf die zunehmenden Verpflichtungen, die der Staat für die wirtschaftliche Sicherung und das Wohlergehen des einzelnen Bürgers übernommen hat. Wir sind uns bewusst, dass noch Verschiedenes getan werden muss, um unsere Heimat für alle ihre Bürger noch wohnlicher zu machen. Ebenso deutlich aber fühlen viele Verantwortungsbewusste, dass es nicht so weit kommen darf, dass der Staat dem Einzelnen die Daseinsvorsorge überhaupt abnimmt, denn das müsste mit dem Verlust der Freiheit des Bürgers zu teuer bezahlt werden. Es ist, um es mit einem Satz zu sagen, eine der grössten Verantwortungen des freien Bürgers in der freien Gemeinschaft, dass er es nicht geschehen lässt, vom Staat von seinen persönlichen Verantwortungen entbunden zu werden.

### 3. Die politischen Verantwortungen des Bürgers von Tag zu Tag

Fritz Ernst sagte in einer seiner letzten Schriften, Politik sei von uns mitgestaltetes und zugleich erlittenes Schicksal. In einer Zeit, da es gilt, einen schweizerischen Standort in einer sich umgestaltenden Welt zu finden und zu verteidigen, ist dieser Ausspruch besonders aktuell, und er hat einen besonderen Bezug auf unser Thema. Wie weit wir in der Lage sind, mitzugestalten, und wie weit wir das Schicksal der im Umbruch befindlichen Welt passiv erleiden müssen, hängt freilich nicht allein von uns ab. Aber es ist doch

- 20 -

unsere Verantwortung, alles zu tun, um unser Geschick in den eigenen Händen zu behalten und unsere Zukunft nach eigenem Willen zu formen.

Wir haben an anderer Stelle von der die heutige Weltpolitik überschattenden Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Totalitarismus gesprochen, und es dort als erfreulich bezeichnet, dass das Volk, und insbesondere die Jugend, einen leidenschaftlichen Anteil am Gespräch über unseren Platz in diesen Auseinandersetzungen nimmt. Wie steht es nun aber mit der Leidenschaft um den Staat auf andern Gebieten?

Die Frage lässt sich nicht eindeutig beantworten. Zieht man die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen als Kriterium heran, so hat man oft den Eindruck, weite Kreise der Bürgerschaft seien der Verantwortungen müde, die ihnen die Referendumsdemokratie auferlegt. Auch die Mitarbeit im Schosse der Parteien, diesen unerlässlichen Trägern der politischen Meinungs- und Willensbildung in der Demokratie, lässt zu wünschen übrig. Es genügt aber nicht, wenn man sich nur um die grossen ideologischen Fragen zu erwärmen vermag. Die Gesundheit der Gemeinwesen hängt von der Lösung einer unendlichen Zahl von oft unscheinbar erscheinenden Problemen ab. Der Bürger, dem sie zu klein scheinen, um sein Interesse zu verdienen, und der sich regelmässig des Urnenganges enthält, missachtet nicht nur seine Rechte, sondern entschlägt sich von Verantwortlichkeiten, die ihm zufallen.

Ueber die tieferen Gründe der Stimm- und Wahlabstinenz sind oft Betrachtungen angestellt worden.

Sicher ist sie nicht immer eine Folge der Gleichgültigkeit, von der eben die Rede war. Oft spielt eine gewisse Verärgerung über gelegentliche Auswüchse der Referendumsdemokratie, die nicht abgestritten werden können, eine Rolle. Man hat auch auf den Umstand hingewiesen, dass sich im Vergleich zu den Zeiten der Verfassungs- und Kulturkämpfe und der scharfen sozialen Auseinandersetzungen die Programme der verfassungstreuen Parteien so stark angeglichen hätten, dass sich für viele keine Herausforderung zu prononcierter Stellungnahme mehr ergebe. Die Einführung des Wahlproporz, von der man sich eine Mobilisierung der politischen Minderheiten versprach, hat offensichtlich die Erwartungen getäuscht. Die eindeutige Ablehnung der Gesetzesinitiative im vergangenen Oktober mag ferner ein Hinweis darauf sein, dass sich der Souverän nicht mit noch mehr Entscheidungen belasten möchte, als ihm heute schon zufallen. Es ist vorab eine Aufgabe der Parteien und der Organisationen, die sich um die staatsbürgerliche Erziehung bemühen, den Ursachen des Abseitsstehens so vieler Bürger von den politischen Verantwortlichkeiten nachzugehen und für die Behebung zu sorgen.

Der Hinweis auf eine gewisse Konkordanz der Parteiprogramme mag die Frage berechtigt erscheinen lassen, ob bei unserer Staatsform die Rolle der Opposition zu wenig ausgebildet sei, und ob damit das mangelnde Interesse des Staatsbürgers im Zusammenhang stehe. In der repräsentativen Demokratie, besonders in den Ländern mit einem Zweiparteien-System, wird in der Tat die Opposition als unentbehrliches Element des politischen Kräftespiels betrachtet. Man denke beispielsweise an England, wo die in der Opposition stehende jeweilige Minderheitspartei

- 22 -

als "her Majesty's most loyal opposition", "Ihrer Majestät sehr loyale Opposition" bezeichnet wird. Der Opposition fällt hier die Rolle der Ueberwachung der Regierungstätigkeit und der schonungslosen Kritik zu. Höchstens in grundlegenden Fragen der Aussenpolitik wird der Versuch zu einer überparteilichen Stellungnahme gemacht. Mit der Wahl der Parlamentsmitglieder, die auf ein Parteiprogramm verpflichtet sind, bestimmt der Bürger als oft einzige politische Handlung während einer Legislaturperiode das Programm der künftigen Regierung.

Anders bei uns mit der als Kollegialbehörde konstituierten Mehrparteien-Landesregierung. Gegenwärtig gehören nicht weniger als 209 Mitglieder der Bundesversammlung einer der vier Parteien an, die im Bundesrat vertreten sind, und jedermann weiss, dass es falsch wäre, die verbleibenden 31 Abgeordneten als Mitglieder einer Opposition zu bezeichnen. Die parlamentarische Opposition ergibt sich vielmehr bei uns von Fall zu Fall, und es ist sogar selten, dass sie sich gegenüber einem Gesetzesentwurf oder in Sachfragen streng nach Parteigruppierungen zusammensetzt. Trotz der Parteiparolen gilt das bis zu einem gewissen Grade auch für die Volksabstimmungen. Wir kennen also, abgesehen vom recht grossen Kontingent der prinzipiellen Neinsager bei Volksabstimmungen, kaum eine Opposition um der Opposition willen. Insofern, als damit jeder Einzelne aufgerufen ist, zu jeder Einzelfrage nach bestem Wissen und Gewissen einen Entscheid zu treffen, bedeutet das gewiss eine Erschwerung der Bürgerpflicht, und mag dadurch zur Stimmabstinenz

führen. Es bedeutet aber auch eine erhöhte Verantwortung und Würde, und sollte deshalb gerade für Nicht-Konformisten, zu denen sich die Bürger eines demokratischen Staatswesens gerne zählen, eine Einladung zu ihrer vollen Uebernahme sein.

Man kann nicht wohl von der Verantwortung des Stimmbürgers sprechen, ohne das Stimm- und Wahlrecht der Frauen zu erwähnen. Am 1. Februar 1959 wurde seine Einführung im Bund mit dem deutlichen Mehr von 2 : 1 verworfen. Damit ist aber die Frage nicht für immer aus Abschied und Traktanden gefallen. Seither haben drei Kantone den Schritt getan, weitere werden folgen, und sicher wird sich, wenn auch nicht in naher Zukunft, der Souverän auf Bundesebene erneut auszusprechen haben. Zweifellos wäre es, besonders im Zeitalter der erwerbstätigen Frau, ein Akt der Gerechtigkeit, sie an der Tragung der staatsbürgerlichen Verantwortungen im Gemeinwesen teilhaben zu lassen. Inzwischen aber ist es gut, darauf hinzuweisen, dass der Frau schönste Verantwortungen obliegen, die nur sie übernehmen kann, und die zu den zukunftsweisendsten gehören, die sich überhaupt in einem Staatswesen stellen.

Die Breite des behandelten Problems hat es mit sich gebracht, dass sich unsere Betrachtungen zur Hauptsache auf die Verantwortungen des Einzelnen in seiner Funktion als Staatsbürger beschränken mussten. Viel wäre zu sagen gewesen über die besondere Verantwortung der Träger einzelner Institutionen. Man denke nur an Kirche und Schule, an die Beamtenschaft und die Behörden, an die

bedeutsame Rolle von Presse, Radio und Fernsehen, bei denen die Verantwortung der Berufstätigen parallel mit der Massenwirkung wächst, die von den von ihnen betreuten Organen ausgestrahlt wird. Wer es aber mit der Verantwortung ernst nimmt, wie wir sie für den Einzelnen zu umreißen suchten, wer begriffen hat, dass freie Gesellschaft und verantwortliche Gesellschaft ein und dasselbe bedeuten, der wird auch in all den genannten Tätigkeiten bestrebt sein, sich seiner Verantwortungen ehrenhaft zu entledigen.

#### IV. Verantwortungen der nächsten Zukunft

Es ist nicht ohne tieferen Grund, dass das Problem der Verantwortung gerade am Anfang dieses neuen Jahres zum Thema einer notwendigerweise ernstesten Betrachtung gemacht wurde. Behörden und Volk stehen in der Tat vor einer sehr ungewissen und verantwortungsbeladenen Zukunft, und vor schicksalsschweren Entscheiden, denen wir nicht ausweichen können.

Unsere erste Pflicht ist es, sie ruhig und hochgemut in ihrer ganzen Tragweite abzuwägen, und uns unserer Verantwortung nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft des Landes bewusst zu werden. Noch im laufenden Jahr muss das durch die Armee reform und die



- 25 -

Erhöhung der Armeekredite eingeleitete Werk der Verstärkung unserer Wehrhaftigkeit vollendet werden. Wir sind in den Massnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung in einen gefährlichen Rückstand geraten. Gegenwärtig sind die eidgenössischen Räte mit der Bereinigung der grundlegenden Gesetzgebung beschäftigt. Ihre Ausführung wird sowohl an die Finanzen des Bundes wie besonders an den persönlichen Leistungswillen breiter Bevölkerungskreise hohe Anforderungen stellen. Weder ein übertriebener Perfektionismus noch mangelnder Opferwille von Seiten der Zivildienstpflichtigen sollten uns hindern, das Werk zu einem raschen Ende zu führen, und damit unseren Verantwortungen vorab gegenüber den Kindern, Frauen und Alten nachzukommen.

Das Volk ist aufgerufen, am 1. April nächsthin über das Initiativbegehren betreffend eines dauernden Verbotes der Atomwaffen zu entscheiden. Es gibt kein anderes Land auf der Welt, in welchem dem Bürger eine so verantwortungsvolle Frage zum Entscheid vorgelegt würde. Er wird ihm erleichtert durch das Wissen, dass es am 1. April nicht um die Anschaffung von Atomwaffen geht, sondern einzig und allein darum, ob dem Bundesrat und den eidgenössischen Räten in dieser Frage für alle Zeiten durch eine Verfassungsbestimmung die Hände gebunden werden sollen. Es liegt mir ganz besonders daran, dies hier festzustellen, weil die Urheber der Initiative mit einer Erklärung Verwirrung zu stiften suchen, die ich im Jahr 1946 im Ständerat unter ganz anderen Voraussetzungen abgegeben habe. Ich stehe auch heute noch mit dem Bundesrat auf dem Standpunkt, es müsse alles getan werden, um die Atomwaffen zu ächten, und es ist unser heisser Wunsch, die Atomkräfte möchten zu einer Uebereinkunft kommen. Inzwischen müssen wir aber mit den harten

- 26 -

Realitäten rechnen. Das Abkommen über die zeitweilige Einstellung der Kernwaffenversuche wurde gebrochen, und die kürzlich wieder aufgenommenen Genferverhandlungen kommen nicht vom Fleck. Es wäre verantwortungslos, heute in Unkenntnis der kommenden Entwicklungen, die in der Richtung von kleinkalibrigen Atomwaffen zum taktischen Einsatz gehen, unserer Armee auf alle Zeiten eine vielleicht kriegsentscheidende Waffe vorzuenthalten, und sie damit einem allfälligen Gegner gegenüber so zu schwächen, dass sie ihrer Aufgabe zum vorneherein nicht mehr gewachsen wäre. Wir sind es unseren Soldaten schuldig, sie mit den ~~letzten~~<sup>besten</sup> erhältlichen Waffen auszurüsten. Ich wiederhole aber, dass der Entscheid darüber, ob überhaupt und allenfalls zu welchem Zeitpunkt kleinkalibrige Atomwaffen zu beschaffen sind, nicht am 1. April nächsthin fällt. Darüber werden Bundesrat und Bundesversammlung später zu beschliessen haben.

Das dritte Problem von ausserordentlicher Tragweite, mit dem wir uns im laufenden Jahr zu befassen haben werden, betrifft die Stellung unseres Landes zur europäischen Integration. Es handelt sich hier um eine eigentliche Bewährungsprobe, denn es geht nicht allein um wichtige wirtschaftliche, sondern auch um hochpolitische Probleme. Die Schweiz hat keinen Zweifel darüber gelassen, dass sie gewillt ist, an einem europäischen gemeinsamen Markt teilzunehmen, der es ihr auch gestatten würde, ihre weltweiten Handelsbeziehungen weiter zu pflegen. Aus der Form, in welcher dieser Markt nun aber in Verwirklichung begriffen ist, stellt sich ihr die Frage, inwieweit sie mitmachen darf, ohne ihr Wesen und damit ihre Existenzberechtigung zu verlieren. Es handelt sich eben nicht

mehr um einen gemeinsamen Markt im Sinne der ursprünglichen Bemühungen, sondern um die europäische Wirtschaftsgemeinschaft, wie sie der Römervertrag vorsieht, und darüber hinaus um politische Ziele, die weit über den Inhalt dieses Vertrages hinausgehen. Wir freuen uns, dass diese Bestrebungen das Begraben alter Feindschaften, und insbesondere die Begründung einer dauerhaften französisch-deutschen Freundschaft in sich schliessen. Wir leben aber nach wie vor in einer ungewissen, unvollkommenen Welt und dürfen deshalb nicht einen Staatsgrundsatz wie den der Neutralität aufgeben, der in Jahrhunderten gewachsen ist, zum vielfach bewährten Mittel der Erhaltung unserer Unabhängigkeit wurde, und sich darüber hinaus für Europa und die Welt in mancher Beziehung als höchst segensreich erwies. In den kommenden Verhandlungen werden wir uns gerade dieser Verantwortung in erster Linie bewusst sein müssen. Der Bundesrat wird alles tun, um zu einer Einigung zu kommen, aber er darf und wird sie nicht um einen Preis erkaufen, den er vor der Geschichte nicht verantworten könnte. Die wirtschaftliche Opportunität muss unter allen Umständen hinter die Erhaltung unserer politischen Unabhängigkeit zurücktreten.

Unsere Verhandlungsgrundlagen werden aber auch durch die Form unseres Staatswesens als direkte Demokratie mitbestimmt. Das Volk hat in unserem Staat in Sachfragen ein Mitspracherecht in einem Umfang, den kein anderer europäischer Staat kennt. Neben den Erfordernissen der Neutralitätspolitik ist das ein zweiter wichtiger Grund, der den Beitritt zum Römervertrag unter Art. 237 ausschliesst, da durch viele seiner Bestimmungen

- 28 -

das Mitsprache- und Entscheidungsrecht des Souveräns in zahlreichen Fragen aufgehoben würde. Es wird aber auch bei der angestrebten Assoziation darauf zu achten sein, dass nicht wesentliche Teile der Volksrechte an internationale Organe abgetreten werden.

Man muss in den Annalen der schweizerischen Aussenpolitik weit zurückblättern, um Situationen von ähnlicher Verantwortungsschwere zu finden wie die, vor welche sich Bundesrat, eidgenössische Räte und Volk heute gestellt sehen. Möge es uns mit Gottes Hilfe gelingen, die Bewährungsprobe ehrenhaft zu bestehen, auch wenn sie von uns Opfer erfordert. Alle Opfer wiegen leicht gegenüber dem, was wir als das oberste Anliegen unserer Eidgenossenschaft erkannt haben: Eine freie Gemeinschaft freier Menschen zu sein und zu bleiben.

Embargo jusqu'au 20 janvier 1962,  
17 heures

La responsabilité, problème fondamental de la vie  
économique et politique dans la démocratie

---

Discours prononcé par M. F.T. Wahlen, Conseiller  
fédéral, lors de l'assemblée du parti bernois des  
paysans, artisans et bourgeois, le 20 janvier 1962

---

## I

### De la nature de la responsabilité

Toute communauté humaine durable repose sur un réseau de responsabilités étroitement imbriquées incombant aux individus et aux organes de l'ordre étatique à tous les échelons. Chaque homme a une responsabilité envers lui-même, qu'il assume lentement à mesure que la responsabilité de son développement physique et spirituel échappe à ses parents et à son entourage immédiat. Comme le serviteur de la parabole, il a reçu des dons et des talents qu'il a le devoir de développer et de faire fructifier, aussi modestes soient-ils. A ce moment déjà naît sa responsabilité à l'égard de la communauté, qui est en droit d'attendre de lui qu'il contribue dans les limites de ses forces, au progrès et au bien général. Ces responsabilités s'accroissent dans la mesure où il remplit ses devoirs élémentaires et où la communauté réclame ses services. Dans la démocratie personne n'a le droit de s'y soustraire. Même la plus modeste position dans l'édifice économique et social engendre des responsabilités, car la société vit de la somme des responsabilités découlant des devoirs les plus petits et les plus évidents. Au commencement de l'histoire de l'humanité, telle que l'enseigne la Bible, nous trouvons la question lourde de signification: "Suis-je le gardien de mon frère?" Celui qui y répond affirmativement par ses actes

- 2 -

assume la plus immédiate de toutes les responsabilités que la vie nous impose, quelle que soit l'étendue ou au contraire l'étroitesse des limites assignées à l'exercice de cette responsabilité.

Il découle de ces observations que toute responsabilité suppose l'existence de deux personnes ou de deux organes: l'un qui est responsable et l'autre envers qui cette responsabilité est assumée. Mais quels que soient les deux pôles auxquels la responsabilité se rapporte immédiatement et quelles que soient leur importance et leur signification, il est certain que la société la meilleure est celle où le plus grand nombre de citoyens, c'est-à-dire d'êtres responsables, reconnaissent en Dieu le dernier pôle de responsabilité et, soumis dans leurs décisions à la force magnétique de la conscience, se laissent guider vers lui, qui est l'autorité suprême.

## II. De la responsabilité à l'égard de la collectivité

Notre sujet concerne la responsabilité du citoyen dans la démocratie, c'est-à-dire la responsabilité à l'égard de la collectivité. Il convient de déterminer tout d'abord quelle est l'aspiration suprême de notre Etat. Considérant l'origine et l'histoire de l'Etat suisse et compte tenu plus particulièrement du fait que nous vivons à une époque de totalitarisme menaçant, il ne peut y avoir aucun doute à ce sujet. La Confédération a pour aspiration suprême d'être et de demeurer une communauté libre d'hommes libres. On pourrait penser qu'il n'est pas nécessaire que ce but soit formulé toujours à nouveau. Un des dangers auquel est exposée chaque nouvelle génération provient de ce que, pour elle, les vérités anciennes et les valeurs historiques ont perdu leur sens profond. C'est ainsi que de nos jours beaucoup sont tentés de ne rendre à la liberté qu'un hommage de pure forme et de se croiser les bras, oubliant, ainsi que l'enseigne le passé, qu'un patrimoine doit être sans cesse reconquis. D'autres recherchent la nouveauté pour son seul attrait, sans tenir compte de ce qu'elle représente. D'autres enfin - et ils sont nombreux aujourd'hui - ont trop tendance à sacrifier la liberté au bien-être matériel.

L'humanité, au cours de son histoire, a sans cesse recherché l'idéal d'une communauté libre d'hommes libres; elle l'a parfois atteint mais pour le perdre à nouveau. Les fondateurs de notre Etat ont réalisé magnifiquement cet idéal sous la forme de la démocratie confédérée. Bien plus: ils ont ajouté un élément nouveau, à savoir l'organisation fédérative de l'Etat de bas en haut. La communauté libre d'hommes libres

n'est pas un ordre qui peut être établi une fois pour toutes et qui se maintient par lui-même à travers les siècles. Même lorsque cet ordre n'est pas menacé de l'extérieur, son existence dépend d'une attention soutenue et d'une lutte incessante. Le maintenir ne signifie pas nécessairement conserver simplement les règles et les institutions acquises. Celles-ci doivent au contraire être adaptées aux besoins perpétuellement changeants, mais en conservant les structures fondamentales qui garantissent la liberté. C'est ainsi que le XXe siècle nous a imposé la tâche difficile d'ériger sur la base de l'état de droit, confédéré et démocratique, une structure économique et sociale. Comme l'a noté le Professeur Imboden, nous sommes sur le point de transformer notre Etat en une "communauté pluraliste de fonctions". Cette transformation présenterait de grands dangers si elle n'était pas entreprise avec la plus grande prudence et si les droits fondamentaux n'étaient pas préservés avec soin. Les responsabilités qu'elle implique ne se bornent pas au présent; elles débordent sur l'avenir car chaque décision importante aura une répercussion future.

La liberté pour la communauté et pour les individus est inconcevable sans ordre, et la responsabilité est la condition de cet ordre. La responsabilité est le support de la liberté; dans la vraie démocratie, qui est le pouvoir du peuple sur le peuple, la liberté implique la responsabilité de tous. C'est pourquoi les notions de "société libre" et de "société responsable" sont identiques et se confondent; l'exercice attentif et conscient des responsabilités à tous les échelons constitue la seule garantie efficace pour le maintien de la liberté.



L'Etat démocratique n'est ni un club de discussion ni une société de bienfaisance. Il possède l'attribut du pouvoir à l'extérieur et à l'intérieur. Détenteur de l'autorité, le monopole du pouvoir lui appartient en vue de sa propre conservation et pour le maintien de l'ordre. Mais en même temps il applique le droit dont il est le gardien. Pour mettre fin au conflit qui existe naturellement entre la force et le droit, la démocratie se sert de l'institution de la séparation des pouvoirs. Le pouvoir législatif (le parlement), le pouvoir exécutif (le gouvernement) et le pouvoir judiciaire (les tribunaux) sont exercés par divers organes dont les fonctions et les attributions sont déterminées strictement par la Constitution. Ainsi est réalisée, dans l'intérêt de chaque citoyen comme dans celui de la collectivité, une limitation du pouvoir qui doit assurer les droits fondamentaux du citoyen, sa liberté personnelle et celle de la collectivité. Dans l'Etat fédératif, la distribution verticale des compétences permet de réaliser une autre limitation du pouvoir. Dans notre pays, les attributaires de ces compétences sont les communes, les cantons et la Confédération.

Sans doute, la répartition des compétences a pour effet de distribuer les responsabilités entre les différents membres et les différents organes de l'Etat; mais cela n'enlève rien au fait qu'en dernière analyse c'est le peuple, en tant que collectivité, qui est responsable à l'égard de la collectivité. Le peuple désigne ses autorités par des élections directes ou par l'intermédiaire de la représentation parlementaire. Il contrôle leur gestion grâce à de nouvelles élections ou au moyen du référendum. Grâce au droit d'initiative, il peut prendre lui-même une part créatrice à la formation de l'ordre

étatique. Pour exprimer sa volonté, il se sert en outre des partis et de la presse ainsi que, dans une mesure croissante, des associations économiques et professionnelles.

Ce qui vient d'être esquissé à grands traits touchant l'Etat démocratique correspond à l'image idéale vers laquelle nous tendons. Comme tout ce qui est humain, la réalité diffère de l'image idéale. Reconnaître les fautes qui se répètent toujours, voir les dangers qui menacent de toutes parts la communauté libre d'hommes libres, tels sont nos premiers devoirs. Nous allons maintenant examiner certains de ces dangers.

### III. Toute menace à la liberté est un appel à notre responsabilité.

---

#### 1. Le totalitarisme.

Au cours de la deuxième guerre mondiale, deux formes de totalitarisme n'ont été vaincues, au prix de sacrifices immenses, que pour faire surgir de la lutte, renforcée par elle, une troisième forme de totalitarisme attentatoire à la liberté, le communisme marxiste. Ce totalitarisme nous apparaissant dans toutes ses manifestations comme le contraire absolu de ce que nous entendons par les mots "communauté libre d'hommes libres", nous nous arrêterons tout d'abord à ce danger.

Le communisme est une idéologie à double visage. Il s'efforce de rendre moins repoussante une de ses faces - lutte des classes, suppression de toute liberté, écrasement de l'individu transformé en outil sans volonté aux mains des hommes au pouvoir - en faisant miroiter comme but final une société sans classe dans laquelle chacun recevra ce dont il a besoin et dans laquelle l'Etat, n'étant plus un instrument nécessaire au maintien de l'ordre, dépérira et disparaîtra de lui-même. Il s'agit là d'une pure utopie, qui donne cependant à ses adeptes la force de supporter les limitations actuelles de la liberté et les privations en attendant l'avenir merveilleux qui leur a été promis. Toutefois, la question de savoir quand cet état idéal et définitif se réalisera ne laisse pas d'embarrasser ceux qui sont au pouvoir. C'est pourquoi ceux-ci essaient de s'en tirer en embellissant par tous les moyens la situation actuelle et en la présentant sous le jour le plus favorable. Ils se servent pour cela des concepts et du vocabulaire de la démocratie, non sans leur donner un sens

- 8 -

tout à fait contraire. C'est ainsi qu'il ne suffit pas pour les communistes de parler de démocratie, c'est-à-dire de souveraineté du peuple. Ils appellent leurs Etats "démocraties populaires", soit "souverainetés populaires du peuple". On suppose ainsi que le peuple a cédé spontanément et consciemment par l'intermédiaire du parti ses droits et compétences à l'Etat, de sorte que l'exercice du pouvoir est fondé sur la fiction que les organes du parti et de l'Etat sont les organes d'exécution de la volonté populaire. Pour donner à cette construction une apparence de légitimité, on établit une constitution pseudo-démocratique de façade, l'Etat de son côté se servant de méthodes pseudo-démocratiques. On organise des élections qui ne laissent au citoyen aucun choix entre des candidats ou des programmes différents mais auxquelles il doit néanmoins participer. Suivant les besoins, on organise même des "mouvements populaires" et des "initiatives populaires" afin de donner une apparence de légalité démocratique à des décisions qui ont déjà été prises par les organes les plus élevés dans la hiérarchie du parti.

Ce qu'il importe de retenir ici c'est que l'Etat totalitaire en excluant la liberté exclut aussi la responsabilité envers la collectivité. La responsabilité n'existe qu'à l'égard de la ligne définie par le parti. Toute déviation est considérée comme une faute, voire comme un crime et comme tel elle est châtiée. La liberté, la dignité et même l'existence de l'individu ne comptent pas pour le communiste fidèle qui, d'autre part, n'a pas à sa disposition un pôle ferme sous la forme d'une autorité suprême et immanente, qui pourrait le guider dans l'exercice de sa responsabilité.

Comment devons-nous donc nous comporter à l'égard du communisme? Heureusement, c'est là une question qui, justement aujourd'hui, occupe très intensément le peuple suisse.

Alors qu'un tiers de l'humanité vit sous le régime communiste, que les dirigeants de ce système ne cherchent pas à cacher qu'ils maintiennent leurs prétentions d'établir une domination communiste mondiale et qu'aujourd'hui le totalitarisme dispose sous toutes les formes des moyens nécessaires pour terroriser le monde entier, de l'indifférence de notre part équivaldrait à une abdication du monde libre.

Qui veut s'opposer victorieusement à un adversaire, doit le connaître. Pour mener la controverse avec un espoir de succès, il doit en outre être sûr de son propre arsenal d'armes spirituelles. Ces deux conditions ne sont trop souvent pas réalisées chez nous. Je ne parle pas ici des communistes convaincus que nous comptons dans nos propres rangs. Notre société est assez saine pour contenir leur influence dans un cadre très étroit. Il existe en revanche un groupe de citoyens, dont l'importance n'est pas négligeable, particulièrement dans ce qu'il est convenu d'appeler l'"intelligentia", qui flirtent avec le communisme parce qu'ils ne se donnent pas la peine d'étudier ses bases, ses méthodes et ses buts et parce qu'ils se complaisent dans une attitude de tolérance superficielle. En face d'eux se rangent les adversaires actifs du communisme, parmi lesquels on compte, de façon réjouissante, beaucoup de jeunes. Ils ont reconnu avec justesse la menace du communisme et ils la combattent radicalement, mais ils courent le danger de recourir à des méthodes qui sont inconciliables avec les principes de notre société libre. Notre tâche consiste en premier lieu à veiller que la société libre demeure forte et apte à fonctionner afin de priver ainsi le totalitarisme du sol même où sa graine pourrait germer. Par conséquent, toute méthode de combat qui imite celle du totalitarisme, par exemple en utilisant l'intimidation ou la dénonciation, est indigne de notre Etat, en premier lieu parce

qu'elle trahit un manque de foi dans la force de nos convictions et de nos institutions. En revanche, si nous sommes profondément convaincus de cette force, si nous sommes persuadés de la supériorité de notre conception du monde sur le totalitarisme, il s'impose alors de choisir la voie de la controverse spirituelle. Il peut arriver que, selon les circonstances, cette controverse doive prendre des formes aiguës. Toutefois, elle n'aura pas seulement à s'occuper de la théorie et de la pratique communistes, mais aussi et surtout de tous les défauts et de toutes les insuffisances que nous pouvons constater dans l'organisme de notre propre peuple et qui sont de nature à favoriser une avance du communisme. Bornons-nous à citer deux de ces insuffisances qui retiennent toute notre attention et dont il y aura encore lieu de parler plus longuement: l'indifférence politique d'un trop grand nombre de citoyens et le matérialisme, l'un des piliers principaux de l'édifice marxiste, qui se répand toujours plus fortement à la suite de la haute conjoncture et qui, sans qu'on se l'avoue, devient partie intégrante de notre propre conception du monde et de la société.

Nous avons parlé ici de la responsabilité de l'individu en face du totalitarisme. Il convient maintenant de dire un mot de l'attitude de l'Etat à l'égard des Etats gouvernés selon un mode totalitaire. Cela est nécessaire afin de faire une distinction que, dans la chaleur du combat, beaucoup perdent de vue. Naturellement, un Etat que sa constitution même oblige à la liberté est nécessairement un adversaire de toute idéologie totalitaire. En revanche, comme notre pays s'est aussi obligé à la paix, il doit s'efforcer d'entretenir des relations normales avec tous les Etats, sans considération des conceptions qui sont les leurs. En nous écartant aussi peu que ce soit du principe de l'universalité des relations inter-

nationales, nous soulèverions des difficultés de nature à mettre en danger la position que nous avons nous-mêmes choisie au sein de la communauté des nations.

Quant au point de savoir quelles doivent être la nature et la portée de relations avec les Etats totalitaires qui dépassent la stricte mesure de ce qui est prévu par le droit des gens, il doit en être décidé de cas en cas, et cela non pas par l'Etat en premier lieu, mais par les représentants de la culture, de la science, de l'économie, du sport etc. A cet égard, il convient de ne pas oublier qu'une attitude trop restrictive équivaudrait à un manque de foi dans la force du message dont nous devons être les porteurs. Ceux qui connaissent la situation derrière le rideau de fer sont unanimes à dire que beaucoup d'hommes là-bas désirent ardemment recevoir des informations du monde occidental. Pour cette seule raison déjà, nous devons nous efforcer de renforcer dans la mesure du possible le courant de ces informations, car nous ne devons surtout pas abandonner l'espoir qu'un jour viendra où le conflit Est-Ouest sera résolu par des moyens pacifiques. Il arrive sans cesse à nouveau que le désir de liberté et de dignité inné chez tout homme trouve à s'exprimer même derrière le rideau de fer. Dans nos relations avec l'Est, nous devons, pour cette raison, ne pas penser seulement aux Etats et aux systèmes, il nous faut ne pas perdre de vue les hommes eux-mêmes.

Ce problème que nous n'avons pu qu'effleurer peut nous servir d'exemple pour démontrer quelle responsabilité il y a à faire un bon usage de la liberté et à la défendre. Ainsi que la démocratie l'exige, ces problèmes sont actuellement en pleine discussion. La raison d'Etat, la réflexion politique, la conviction éthique ont toutes ici un rôle à jouer. Il appartient au citoyen de se montrer à la hauteur de sa responsabilité.

## 2. Politique économique et liberté du citoyen.

Dans son étude "Das wirtschaftliche Unternehmen" Max Huber écrit: "De tout temps, la plus grande partie de l'humanité s'est trouvée dans la nécessité de mener une activité économique. La politique et la civilisation vivent de cette partie du produit de l'économie qui dépasse ce qui est nécessaire aux besoins de l'existence. Suivant le contexte ou les perspectives dans lesquelles on considère l'économie, sa nature et sa dignité apparaissent très différemment. Economie, politique et civilisation ne sont pas des sphères séparées, mais des aspects divers de cette unité indissoluble qu'est la vie sociale de l'homme."

Si les rapports entre l'économie, la politique et la civilisation sont aussi étroits que Max Huber le dit, qu'entend-on alors par cette ingérence de l'économie dans la politique, dont on se plaint si fréquemment aujourd'hui? Pour répondre à cette question, nous devons distinguer, dans les rapports actuels de l'économie et de la politique, deux aspects, dont l'un est positif et l'autre négatif.

Celui qui se donne la peine d'étudier la situation sociale et économique qui existait au début de l'ère industrielle devra conclure que l'inclusion récente de l'économie et du social dans le champ de la politique constitue un progrès considérable. Notre société a appris à se reconnaître des responsabilités concrètes qui demeuraient jadis abandonnées à la bienfaisance, pour autant qu'elles étaient seulement ressenties. Rétrospectivement il nous semble que la conscience sociale de la société conçue comme un tout ne s'est éveillée qu'au cours de cette dernière période. Nous avons atteint un stade de justice sociale qui supporte avantageusement la comparaison aussi bien avec d'autres époques de l'histoire qu'avec



d'autres pays et surtout avec les pays communistes. Nous avons fait récemment un autre pas décisif dans le même sens en prenant conscience d'une responsabilité économique et sociale à l'égard des peuples défavorisés, dont nous considérons jadis le sort avec quelque intérêt peut-être, mais pas avec une vraie sympathie. En même temps, la science et la technique nous ont donné des moyens d'accroître le produit du travail humain, cependant que la concentration toujours plus accentuée des moyens de production en quelques mains, prophétisée par Karl Marx, non seulement ne s'est pas produite, mais qu'une évolution contraire est même survenue.

Ce tableau nécessairement simplifié de l'évolution durant les cent cinquante dernières années paraît si positif que plus d'un en viendra à se demander où dès lors se trouve l'élément négatif. Il réside en ceci, pour s'exprimer d'une façon simplifiée, que les besoins matériels ne paraissent pas connaître de limite au-delà de laquelle interviendrait la satiété, mais que tout au contraire ces besoins menacent d'étouffer tous les autres. La course à l'accroissement des biens matériels absorbe beaucoup d'hommes à tel point que ceux-ci ne trouvent que <sup>de</sup> moins en moins le temps nécessaire pour se préoccuper de leurs besoins plus élevés ou de ceux de la société et, du même coup, pour défendre la liberté, que nous avons reconnue être l'aspiration suprême de la communauté. Pour qui réfléchit, il est particulièrement effrayant de devoir constater que, même dans le monde libre, la primauté est de plus en plus donnée au développement économique et au progrès technique, en stricte conformité avec la doctrine communiste. On parle aujourd'hui beaucoup de guerre froide. Le communisme gagnerait le plus facilement et le plus sûrement la guerre froide si nous n'arrivions pas à empêcher que le monde libre soit amené à adopter la base idéologique de son adversaire: le matérialisme.

- 14 -

Ces réflexions montrent quelle est la responsabilité qui repose sur la libre entreprise et ses organisations. A l'exception des compétences étroitement définies par les articles économiques de la constitution, notre politique économique repose sur la liberté du commerce et de l'industrie. Ainsi, des limites strictes sont fixées à l'intervention étatique, et cela également à une époque de haute conjoncture durable telle que celle que nous connaissons depuis la fin de la guerre, période qui doit certes être considérée comme extraordinaire, mais qui ne justifie pourtant pas un recours aux pleins pouvoirs. A plus forte raison par conséquent l'économie privée doit se montrer à la hauteur de sa responsabilité. Elle ne doit pas se fier aux éléments régulateurs du marché. Lorsque, comme c'est le cas depuis des années, toutes les forces économiques tendent vers l'expansion, le freinage doit être déclenché par le sens réfléchi des responsabilités de ceux qui sont engagés dans le jeu de l'économie. En 1948, c'est-à-dire au début de la haute conjoncture, une collaboration compréhensive des organisations de faite de l'économie a permis la conclusion d'un accord de stabilisation. En 1957/58 la situation avait évolué de telle sorte que lors d'une nouvelle tentative, les différents groupes économiques ne réussirent plus à s'entendre sur une limitation des revenus bien qu'un accord sur ce point eût été indispensable dans l'intérêt de la communauté. Entre-temps de nombreux appels des autorités demeurèrent sans effet. Maintenant, en revanche, la voix de la réalité commence à se faire entendre. Le nombre des travailleurs étrangers a atteint un niveau qui, ne serait-ce que pour des raisons démographiques, ne peut plus être dépassé, indépendamment du fait qu'en cas de récession ou même de crise nous aurions à supporter la

charge d'un appareil de production qui a crû dans des proportions exagérées. La spirale des prix et des salaires a commencé de fonctionner de façon assez nette pour que chacun comprenne qu'une continuation du mouvement de hausse n'apporterait de profit à personne, mais nuirait à la collectivité. Le fossé qui sépare les revenus des branches économiques favorisées et défavorisées est devenu si large que les conséquences économiques et politiques en apparaissent ouvertement. Il est donc temps que les représentants des différentes classes d'intérêts, c'est-à-dire les organisations économiques, réfléchissent sur l'ensemble de cette situation. Nous n'avons pas à cet égard à nous hasarder sur des terres inexplorées, mais nous pouvons utiliser ce qui a déjà été réalisé antérieurement. Nous avons déjà mentionné l'accord de stabilisation de 1948. Antérieurement encore, l'accord de paix du travail entre employeurs et employés de l'industrie horlogère et des métaux a servi de modèle aux autres branches. Ce qui est nécessaire aujourd'hui c'est que les dirigeants de l'industrie et les organisations de faite élargissent leur point de vue. Les intérêts qu'ils représentent ne coïncident que jusqu'à un certain point avec les intérêts de la communauté. Par conséquent la tâche actuelle des organisations économiques consiste à déterminer le point où l'intérêt général et l'intérêt particulier divergent, à se tenir prêtes à consentir, dès ce point, des concessions en faveur des partenaires socialement plus faibles et en faveur aussi des cercles économiques défavorisés par la conjoncture.

Pour des raisons économiques, sociologiques et politiques, le problème de l'agriculture mérite d'être pris ici particulièrement en considération. Dans tous les pays industriels la paysannerie a été entraînée dans le courant de la révolution technique avec un certain retard, mais avec d'autant plus

- 16 -

de violence. En dépit de ses efforts, malheureusement trop souvent méconnus mais qui n'en sont pas moins admirables, elle a pris un certain retard par rapport aux autres branches économiques. Dans l'agriculture, la recherche d'un nouvel équilibre nécessite plus de temps qu'ailleurs en raison de la nature de cette production originaires liée au rythme des saisons et en raison aussi du fait que des adaptations de structure touchent plus profondément la destinée des familles que cela n'est le cas dans des branches économiques plus mobiles. C'est faire preuve d'une grande ignorance que de reprocher à l'agriculture ou aux autorités d'être incapables de déterminer dans les plus brefs délais une politique agricole apte à supprimer les difficultés ou encore de manquer de la bonne volonté nécessaire à cet effet. De tels reproches injustifiés ont pour conséquence qu'on se fatigue de ce problème, qu'on ne s'en occupe que peu volontiers ou même plus du tout et qu'on donne ainsi à l'agriculture, qui lutte avec de grosses difficultés, le sentiment d'être abandonnée. Or, si ce sentiment devait durer, il ne manquerait pas d'avoir des conséquences politiques graves. Heureusement, l'attitude dont je parle n'est pas encore généralisée. Tout au contraire, on peut remarquer, partout où l'on est prêt à discuter sérieusement de ce problème, une compréhension réjouissante et une disposition digne d'éloges à aider cette branche économique, dont la situation est aujourd'hui si serrée, dans la recherche d'une solution qui, comme nous l'avons dit, ne peut, par la nature même des choses, n'être qu'à long terme. Le deuxième rapport du Conseil fédéral consacré à l'agriculture indique le chemin qu'il convient de suivre.

Durant la seconde guerre mondiale, l'agriculture a accepté avec un élan inoubliable de prendre sur elle la responsabilité de tout faire pour empêcher que nous devions

vendre notre liberté pour du pain. A cette époque, tous les cercles de la population s'étaient groupés joyeusement autour d'elle pour l'assister dans cette grande tâche. Un même mouvement de solidarité devrait montrer aujourd'hui à la paysannerie qu'elle est toujours considérée comme un élément indispensable de la communauté.

Pour permettre ce résultat, l'agriculture et ses organisations se doivent de leur côté de voir plus loin que leurs difficultés immédiates, de chercher des voies nouvelles et d'en discuter avec les autres branches de l'économie. Le sentiment d'abandon dont j'ai parlé menace de se transformer en un sentiment d'infériorité, bien qu'il n'y ait vraiment aucun motif qui le justifie. Durant la décennie 1950/60, l'agriculture a été l'une des rares branches de l'économie qui fut en état d'écouler presque entièrement chez le consommateur les résultats d'une productivité fortement accrue. Si durant les derniers temps l'augmentation des coûts de production n'a plus pu être compensée entièrement par ce moyen, on n'est en tout cas pas en droit de reprocher à l'agriculture d'avoir mis en marche la spirale des prix et des salaires. Nous nous devons de souligner ce qui a été accompli ne serait-ce déjà que pour encourager notre jeunesse paysanne. Mais il est important aussi que les jeunes générations campagnardes ne commettent pas l'erreur de comparer le genre de vie qui est le leur en ce qui concerne les loisirs, l'indépendance, les divertissements et d'autres aspects extérieurs avec le mode d'existence des jeunes employés dans d'autres travaux. En dépit des fortes exigences professionnelles, la paysannerie conserve, au-delà du côté artisanal qui est le sien, une forme de vie qui a sa propre originalité et sa propre échelle des valeurs. Par sa liaison avec la nature et la famille, elle comporte, pour en rester à notre thème, une propre responsabilité qui,

toutefois, amène une propre récompense et une propre dignité. Les tâches de l'agriculture n'ont d'aucune façon diminué au cours de l'évolution des temps et je serais le dernier à sous-estimer les difficultés actuelles et futures (il suffit de penser aux conséquences de l'intégration européenne). Je suis en revanche persuadé que ces difficultés peuvent être résolues si le peuple entier, avec la paysannerie en tête, se met au travail avec courage, compréhension et conscience de ses responsabilités. A cet égard, nous ne devons pas oublier que ce fut une communauté de paysans qui, en fondant la Confédération, nous a garanti la liberté. Un paysan libre sur une ferme libre a de tout temps été considéré comme une incarnation de la liberté. Il est digne de l'effort des meilleurs d'entre nous de donner au problème agricole une solution qui permette à la paysannerie, malgré son actuel besoin de protection, de ne tomber que le moins possible dans la dépendance de l'Etat. A une époque où la proportion des paysans et des travailleurs indépendants dans la population décroît si rapidement, il est d'une importance primordiale, pour maintenir un équilibre sain dans l'ensemble de la population, de conserver les qualités particulières qui de tout temps ont fait du paysan libre un membre si précieux de la communauté.

Par cette dernière remarque nous revenons sur un point qui nous a déjà occupés au début de notre exposé consacré aux problèmes économiques. Nous avons fait allusion à l'éveil de la conscience sociale et, par là, aux devoirs accrus que l'Etat a assumés en faveur de la sécurité économique et du bien-être des citoyens pris individuellement. Nous sommes conscients du fait que nous devons réaliser différentes choses encore pour rendre notre pays plus habitable pour tous ses citoyens. En revanche, de nombreuses personnes, conscientes de leurs responsabilités, sentent clairement que cette évolution

ne doit pas être poussée au point que l'Etat décharge l'individu du soin d'organiser sa propre existence, car ceci devrait être payé trop cher, par la perte de la liberté du citoyen. Pour le dire en une phrase, c'est l'une des plus grandes responsabilités d'un citoyen libre dans une société libre de ne pas se décharger sur l'Etat de ses responsabilités personnelles.

### 3. Les responsabilités politiques du citoyen dans la vie quotidienne

---

Fritz Ernst a dit dans un de ses derniers ouvrages que la politique est le destin que nous forçons et que nous subissons en même temps. A une époque où il s'agit pour nous de définir et de défendre une constante suisse dans un monde en pleine transformation, cette pensée revêt une actualité particulière; elle touche en outre directement notre sujet. Certes, nous ne sommes pas seuls à déterminer la mesure où nous pouvons façonner et celle où nous devons subir passivement le destin d'un monde en révolution. Mais il est de notre devoir de tout faire pour conserver notre sort entre nos mains et pour forger notre avenir selon notre propre volonté.

Nous avons parlé plus haut de la controverse entre la liberté et le totalitarisme, qui domine la politique mondiale actuelle. Nous avons considéré alors comme réjouissant que le peuple et en particulier la jeunesse participent de façon passionnée au débat sur la position de notre pays dans cette controverse. Mais cet intérêt vise-t-il également l'Etat dans d'autres domaines ?

Il n'est pas facile de donner une réponse claire à cette question. Si l'on retient comme critère la participation aux élections et aux votations, on acquiert souvent

L'impression qu'un grand nombre de citoyens sont las des responsabilités imposées par la démocratie référendaire. La collaboration au sein des partis - organisations indispensables à la formation de la pensée et de la volonté politiques dans la démocratie - laisse également à désirer. Il ne suffit pas de débattre seulement des grandes questions idéologiques. La santé de la collectivité dépend de la solution d'un nombre infini de problèmes d'apparence souvent insignifiante. Le citoyen qui les considère comme trop modeste pour s'y intéresser et qui s'abstient régulièrement de se rendre aux urnes méconnaît non seulement ses droits, mais encore se soustrait aux responsabilités qui lui incombent.

On a donné plusieurs explications de l'absentéisme en matière d'élections et de votations. Il est certain qu'il n'est pas toujours une conséquence de l'indifférence dont nous venons de parler. Le mécontentement indéniable provoqué par certains excès de la démocratie référendaire joue également un rôle. On a souligné d'autre part que, par rapport à l'époque de la première Constitution, du "Kulturkampf" et des luttes sociales, les programmes des partis fidèles à la Constitution se sont tellement rapprochés qu'ils n'incitent plus le citoyen à prendre nettement position. L'introduction du système proportionnel, dont on attendait qu'il mobilise les minorités politiques, n'a manifestement pas répondu à l'attente. Le rejet catégorique de l'initiative législative au mois d'octobre de l'année passée paraît bien signifier d'autre part que le souverain ne veut pas se charger de plus de décisions que celles qui lui incombent aujourd'hui. Il appartient avant tout aux partis et aux organisations chargés de l'éducation civique de rechercher les raisons pour lesquelles de si nombreux citoyens refusent d'assumer leurs responsabilités politiques puis de proposer un remède.



Le fait qu'il existe une certaine concordance entre les partis politiques nous permet de nous demander si dans notre système étatique le rôle de l'opposition est insuffisamment développé et s'il ne faut pas voir là une explication au peu d'intérêt marqué par le citoyen à l'égard de la chose publique. Dans la démocratie représentative et en particulier dans les pays connaissant un système bipartite, l'opposition est considérée comme un élément indispensable dans le jeu des forces politiques. Tel est le cas par exemple en Grande-Bretagne, où le parti minoritaire se trouvant dans l'opposition est appelé "Her Majesty's most loyal opposition": "opposition très loyale à Sa Majesté". L'opposition a pour fonction dans ce pays de contrôler et de critiquer sans ménagement l'activité du gouvernement. Ce n'est que dans les questions fondamentales de politique étrangère que l'on essaie de définir une position au-dessus des partis. En désignant les membres du parlement, qui sont tenus au programme d'un parti, le citoyen choisit le programme du futur gouvernement: c'est là souvent sa seule action politique au cours d'une législature.

Il en va autrement dans notre pays où plusieurs partis sont représentés au Gouvernement selon le principe de l'autorité collégiale. Actuellement pas moins de 209 membres de l'Assemblée fédérale appartiennent à l'un des quatre partis représentés au Conseil fédéral; chacun sait qu'il serait erroné de considérer les 31 autres députés comme les membres d'une opposition. L'opposition parlementaire se manifeste bien plutôt chez nous de cas en cas; il est même rare qu'elle se forme contre un projet de loi ou à propos de questions techniques en suivant rigoureusement la ligne de partage des partis. Tel est également le cas dans une certaine mesure pour les votations populaires en dépit des mots d'ordre des partis.

Abstraction faite du fort contingent de ceux qui par principe disent toujours non lors des votations, nous ne connaissons pas une opposition au sens propre du terme. Comme tout citoyen est appelé à se faire une opinion et à prendre une décision sur chaque question particulière, l'exercice des devoirs civiques est rendu plus difficile ce qui peut conduire à l'abstentionnisme. Mais cela représente aussi une responsabilité et une dignité accrues, qui devraient inciter les non-conformistes, parmi lesquels les citoyens d'un Etat démocratique se rangent volontiers, à assumer pleinement leurs devoirs.

Il est difficile de parler de la responsabilité du citoyen sans mentionner le droit de vote des femmes. Son introduction sur le plan fédéral a été rejetée le 1er février 1959 à la nette majorité de 2 contre 1. Mais la question n'est pas pour autant réglée définitivement. Trois cantons ont depuis lors reconnu le droit de vote des femmes, d'autres suivront; il est certain que le souverain devra un jour ou l'autre se prononcer à nouveau sur ce problème. Il serait incontestablement conforme à l'équité, en particulier à une époque où la femme est appelée à gagner sa vie, de lui permettre d'assumer les responsabilités civiques au sein de la collectivité. En attendant, il convient d'observer que la femme a de très belles responsabilités qu'elle est seule à pouvoir assumer; ces responsabilités sont les plus chargées d'espérance parmi celles qui peuvent exister dans un Etat.

Le problème que nous examinons est si vaste que nos considérations ont dû se limiter essentiellement aux responsabilités de l'individu en tant que citoyen. Il y aurait eu beaucoup à dire sur la responsabilité particulière de l'individu dans d'autres domaines. Que l'on songe seulement à l'Eglise, à l'école, au corps des fonctionnaires et aux

autorités, ainsi qu'au rôle important joué par la presse, la radio et la télévision, où la responsabilité professionnelle croît parallèlement à l'action exercée sur les masses. Mais celui qui prend au sérieux ses responsabilités telles que nous avons tenté de les esquisser, celui qui a compris que "société libre" et "société responsable" signifient la même chose, s'efforcera dans l'exercice des activités que nous avons mentionnées de faire face avec honneur à ses responsabilités.

#### IV. Responsabilités touchant l'avenir immédiat

Ce n'est pas par hasard que nous avons choisi au début de cette nouvelle année le problème de la responsabilité pour en faire l'objet de cet examen forcément sérieux. Un avenir particulièrement incertain et chargé de responsabilités s'ouvre devant les autorités et le peuple. Des décisions lourdes de conséquences, auxquelles nous ne pourrions pas nous soustraire, devront être prises.

Notre premier devoir est de les analyser calmement et courageusement en appréciant toute leur portée. Nous devons être conscients de nos responsabilités non seulement envers le présent mais aussi envers l'avenir de notre pays. Cette année, l'oeuvre entreprise en vue du renforcement de notre défense nationale, grâce à la réforme de l'armée et à l'augmentation des crédits militaires, devra être achevée. D'autre part, nous sommes dangereusement en retard en ce qui concerne les mesures de protection civile. Les Chambres fédérales examinent actuellement les dispositions fondamentales en la matière. Leur exécution ne mettra pas seulement à forte contribution les finances de la Confédération, elle demandera aussi un effort personnel important de la part d'un très grand nombre de citoyens. Ni un perfectionnisme exagéré, ni un esprit de sacrifice insuffisant de ceux qui seront appelés à servir, ne doivent nous empêcher de mener rapidement cette tâche à sa fin de façon que nous puissions assumer les responsabilités qui nous incombent en premier lieu à l'égard des enfants, des femmes et des personnes âgées.

Le peuple sera appelé à se prononcer le 1er avril de cette année sur l'initiative populaire concernant une interdiction définitive des armes atomiques. Dans aucun autre pays le citoyen est appelé à se prononcer sur une question

- 25 -

engageant à ce point sa responsabilité. Sa tâche sera toutefois facilitée s'il se rappelle que le problème à trancher le 1er avril ne se rapporte pas à l'acquisition d'armes atomiques, mais uniquement au point de savoir si le Conseil fédéral et les Chambres fédérales doivent avoir, dans ce domaine, les mains liées de façon définitive par une disposition constitutionnelle. Je tiens tout spécialement à relever cet aspect, car les auteurs de l'initiative ont cherché à semer la confusion en citant une déclaration que j'ai faite en 1946 devant le Conseil des Etats dans des circonstances tout à fait différentes. Je partage aujourd'hui encore l'opinion du Conseil fédéral que rien ne devrait être négligé pour bannir les armes atomiques. Nous souhaitons ardemment que les puissances atomiques puissent arriver à un accord. Mais en attendant, nous devons compter avec la dure réalité. L'accord sur la suspension des essais d'armes nucléaires n'a pas été respecté; les négociations qui ont repris récemment à Genève ne sont pas près d'aboutir. Nous refuserions d'assumer nos responsabilités si, méconnaissant l'évolution future qui tend à l'emploi d'armes atomiques de petit calibre à des fins tactiques, nous privions une fois pour toutes notre armée d'une arme peut-être décisive en cas de guerre, l'affaiblissant ainsi en face d'un agresseur éventuel au point que, d'emblée, elle ne soit plus à la hauteur de sa tâche. Nous sommes tenus de fournir à nos soldats les armes les plus modernes. Mais je répète que la question de savoir si et, éventuellement, à quel moment nous devons nous procurer des armes atomiques ne sera pas tranchée le 1er avril prochain. C'est le Conseil fédéral et l'Assemblée fédérale qui prendront plus tard les décisions nécessaires à cet effet.

Le troisième problème, d'une portée exceptionnelle, dont nous aurons à nous occuper cette année concerne l'attitude de notre pays à l'égard de l'intégration européenne. Il

s'agit là d'une question qui met en jeu l'existence même de notre pays, car elle ne soulève pas seulement des problèmes économiques importants mais aussi des problèmes politiques décisifs. La Suisse n'a laissé aucun doute sur sa volonté de prendre part à un marché commun européen qui lui permettrait en même temps de maintenir ses relations commerciales mondiales. Toutefois, étant donné la forme sous laquelle ce Marché est en train de se réaliser, notre pays doit examiner jusqu'à quel point il peut y participer sans perdre son originalité essentielle et partant sa raison d'être. Il ne s'agit plus en effet d'un marché commun au sens où on l'entendait à l'époque des premières tentatives d'unification, mais bien d'une communauté économique européenne, telle que la prévoit le Traité de Rome, douée de surcroît de buts politiques qui excèdent largement le contenu de ce Traité. Nous nous félicitons que ces efforts entraînent la fin d'anciennes rivalités et qu'ils jettent en particulier les bases d'une amitié franco-allemande durable. Cependant nous vivons toujours dans un monde incertain et en perpétuelle évolution. C'est dire que nous ne devons pas renoncer à un principe étatique aussi fondamental que la neutralité, dont les siècles ont fait le garant maintes fois éprouvé de notre indépendance et qui s'est révélée à plus d'un égard hautement bénéfique pour l'Europe et pour le monde. Au cours des prochaines négociations nous devons en premier lieu être conscients de cette responsabilité. Le Conseil fédéral fera tout ce qui est en son pouvoir pour arriver à un accord, mais il n'est pas prêt à payer pour cela un prix dont il ne pourrait pas rendre compte devant l'histoire. L'avantage économique doit dans tous les cas céder le pas au maintien de notre indépendance politique.

Notre position dans les négociations est déterminée également par la forme de notre Etat, qui est une démocratie

directe. Le peuple a en Suisse le droit de participer à l'élaboration de questions importantes dans une mesure inconnue dans tout autre Etat européen. Ce droit s'ajoute aux exigences découlant de notre politique de neutralité pour exclure une adhésion de la Suisse au Traité de Rome conformément à l'article 237, car plusieurs dispositions de ce Traité annuleraient pour de nombreuses questions le droit de participation et de décision du souverain. Il conviendra en outre de veiller que l'association à laquelle nous voulons parvenir n'entraîne pas le transfert de certains droits populaires fondamentaux à des organes internationaux.

Il faut remonter loin dans les annales de la politique étrangère de la Suisse pour trouver des situations d'une portée aussi grande que celle devant laquelle le Conseil fédéral, les Chambres et le peuple se trouvent aujourd'hui placés. Puissions-nous, avec l'aide de Dieu, réussir à passer honorablement une épreuve qui met en jeu l'existence même de la Suisse, même si elle réclame des sacrifices de notre part. Les sacrifices ont peu de poids en regard de ce que nous avons défini comme étant l'aspiration suprême de la Confédération: être et demeurer une communauté libre d'hommes libres.